Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 4

Rubrik: Kontroverse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Alfred Wyser

Wettbewerb der Starken gegen die Schwachen

Dass es zwischen Marktwirtschaft und Menschenwürde auch positive Korrelationen gibt, sei nicht bestritten, aber es stellt sich die berechtigte Frage, ob die Menschenwürde nicht auch durch jene wirtschaftlichen Entscheidungsträger bedroht wird, welche unter dem Druck globaler Marktkräfte die Gewinnmaximierung über alles stellen. Wer wegen Fusionen und Betriebsschliessungen seine Arbeit verliert, verliert oft auch den Berufsstolz und den Glauben an sich selbst, – wichtige Bestandteile der Menschenwürde.

Die argumentative Übereinstimmung der Vertreter des Liberalismus aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, die immer wieder in den «Schweizer Monatsheften» zu Worte kommen, ist beeindruckend. Zu dieser Übereinkunft gehört nun auch die letztlich unvermeidliche Folgerung, dass für eine liberale Ordnung eigentlich nur geeignet sei, wer die moralische Statur schon mitbringe, wozu natürlich «freiwillige Solidarität», soziales Veranwortungsgefühl, Vertragstreue (die auch das *«et pacta sunt servanda»* betrifft) und Loyalität gegenüber dem Rechtsstaat gehören würden. Dieses Bekenntnis brachte uns seinerzeit als Studenten in Diskussionen mit Linken immer wieder den «Vorwurf» ein, der Liberalismus rechne stets mit dem Menschen, wie er ihn gerne hätte und nicht, wie er sei, eben als *homini lupus,* das böse Wort der Römer, dass der Mensch für den Menschen ein Wolf sei.

Bei der Lektüre der «Liberalismus-Apologien» in den *«Schweizer Monatsheften»* könnte man gelegentlich versucht sein, einigen Autoren eben diesen Vorwurf zu machen. Was ich vermisse, ist gelegentlich ein Beitrag, der sich nicht nur von Theorie und Prinzipien her mit «Markt und Menschenwürde» auseinandersetzt, sondern mit den unbezweifelbaren Bedrohungen der Menschenwürde der Unzähligen, die durch die Art und Weise, wie die Marktmöglichkeiten im Zeitalter der globalen Vernetzung der Wirtschaft «gehandhabt» werden, ihre Arbeit, ihren Berufsstolz und den Glauben an sich selbst verlieren. Freilich, die Frage, wer ausser dem geschmähten Sozialstaat als «Retter in der Zeit» auftreten könnte, dürfte dabei wohl nicht umgangen werden. Und wohl auch die Tatsache nicht, dass der engagierte Bürger eines freiheitlich-demokratischen Staates unter der unbezweifelbaren Abhalfterung der Politik durch die Wirtschaft leidet.

Der Gelddrang der Aktionäre

«Nach Golde drängt / Am Golde hängt / doch alles: Ach, wir Armen!» So klagen mit Gretchen in *Goethes* «Faust» in diesen Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Löcher im Netz der sozialen Sicherheit immer mehr wirklich Arme auch in unserem Land. Und wie auch immer die grossen Gewinnmaximierer, aber auch manche kleinere Unternehmen ihre angeblichen Fusionszwänge begründen, sie drängen letztlich alle *«nach Golde»;* müssen dies anscheinend, wenn sie nicht unter «kritische Grössen» schrumpfen wollen. In diesem Fall aber wäre wieder das arme Gretchen, wären mit ihm Tausende und Zehntausende die Leidtragenden. Nur, wenn die Fusionisten ans Gold, ans grössere Gold kommen, mögen es dank «Synergieeffekten» und Rationalisierungen nochmals gleich viele Kleine sein, die auf der Strecke bleiben und zu den Armen stossen. Welch eine Welt, welch eine Weltordnung haben wir uns erschaffen, in der letztlich allein der Golddrang der Aktionäre darüber entscheidet, ob zwei, drei mit einer beklemmenden Machtfülle ausgestattete Topmanager das soziale Schicksal von Heerscharen von Arbeitnehmern zum Wohl oder Wehe werden dürfen.

> *Der engagierte Bürger eines freiheitlich-demokratischen Staates leidet unter der unbezweifelbaren Abhalfterung der Politik durch die Wirtschaft.*

Dem Ziel der Gewinnmaximierung und der genügenden Kapitalmacht für den globalen Kampf der

Wirtschaftsgiganten haben sich alle andern Überlegungen zu unterordnen. Wäre denn neben Boden und Kapital die Arbeit nicht mehr der dritte entscheidende Produktionsfaktor?

Gewiss, wir sind nicht blind für die wirtschaftlichen Zusammenhänge in der heutigen vernetzten Welt. Wir wissen auch, dass staatliche Fesseln die Wirtschaft leicht erwürgen und *«ach, die Armen»* letztlich noch ärmer machen. Dennoch: Als Liberaler wird man nie zugeben dürfen, dass notwendiges Gewinnstreben das einzige Movens und Antreibende der an den Schalthebeln der Macht Stehenden sein darf. Es ist unmöglich, nicht zu argwöhnen, dass einigen *«nach Golde»* drängenden Industrie- und Bankkapitänen, von denen in der letzten Zeit die Rede war, die in solchen Positionen unabdingbare Dosis an Ethos fehlt. In einer theoretischen Abhandlung über «Prüfsteine liberaler Politik» steht folgender Grundsatz: *«Alles, was der Staat nicht verbietet, ist grundsätzlich erlaubt, wobei davon auszugehen ist, dass die Mehrheit freiwillig weitergehende ethische Schranken respektiert.»* Ob davon auch im Blick auf eine übermächtige Minderheit ausgegangen werden kann? Ohne dieses Ethos aber ist die freie Wirtschaft eine freie Wildbahn für die Starken gegen die Schwachen. ✦

Alfred Wyser, geboren 1922, studierte an der Universität Bern Geschichte, Sprachen und Nationalökonomie; 1948 Doktorat in Geschichte und theoretischer Nationalökonomie. Bis 1966 Redaktor und Chefredaktor des «Oltener Tagblatts». In dieser Zeit Mitglied des Gemeinderates der Stadt Olten und des solothurnischen Kantonsrates. 1976 Wahl zum Mitglied der Regierung des Kantons Solothurn und Vorsteher des Erziehungs- und Kultusdepartements. In dieser Eigenschaft Präsident der Nordwestschweizerischen Regierungskonferenz und Mitglied der Schweizerischen Hochschulkonferenz. 1979 Wahl zum Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung. Oberst im Generalstab. Seit 1986 im Ruhestand.

Robert Nef

Zugemutete Mündigkeit

Die Sorge um die Kleinen und um deren Menschenwürde in einer real existierenden Welt voll mächtiger «Wölfe» hat gute Gründe. Alfred Wysers Einwände gegenüber der Vorstellung, der Markt sei Hort der Menschenwürde, sind ernst zu nehmen. Der auf Privatautonomie basierende Markt geht tatsächlich von mündigen Menschen aus, die selbst darüber bestimmen, was sie wählen. Dies ist oft eine Zumutung, die aber an jenen andern Zumutungen zu messen ist, welche von helfenden und schützenden Autoritäten ausgehen.

Es stellen sich in diesem Zusammenhang zahlreiche Fragen, auf die im folgenden Antworten gesucht werden, die natürlich nicht definitiv sein können, sondern als Anregungen zum Weiterfragen und Weiterdenken dienen sollen. Zunächst die Fragen: Sind die Kleinen immer auch die Schwachen, ist Grösse oder Kleinheit die langfristig bessere Überlebensstrategie? Was bewirken wir, wenn wir den Kleinen helfen, machen wir sie stärker, oder nur verwundbarer, abhängiger? Bestünde nicht die beste Förderung der Kleinen in der Wahrung ihrer Chancen gegenüber den Grossen, indem den Grossen keine Privilegien zugestanden werden, indem überhaupt keine marktverzerrenden, gut gemeinten Interventionen stattfinden? Wenn wir trotz dieser Bedenken an der stets attraktiven Idee des Helfens, Schützens und Förderns festhalten (die um so populärer wird, je mehr sie auf Kosten Dritter erfolgt), stellt sich die weitere Frage, wie institutionell, wie organisiert und wie zentralisiert diese Unterstützung sein soll. Ist der Staat, ist eine Staatengemeinschaft, eine hierarchisch organisierte Kirche oder eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft der beste Garant für den Schutz der Kleinen, der Schwachen? Welche Rolle spielt dabei der Zwang, das staatliche Zwangsmonopol? Muss man an die Macht rekurrieren, oder genügt es, an die Freiwilligkeit zu appellieren?

Der «Grossinquisitor» will die Schwachen schützen

In der Weltliteratur gibt es eine berühmte Auseinandersetzung mit diesen Fragen. In seinem Roman «Die Brüder Karamasow» lässt *Dostojewskij* den Realisten und Zyniker Iwan Karamasow seinem idealistischen und religiösen Bruder Aljoscha eine erfundene Ge-

schichte (*«eine absurde Geschichte»,* nennt er sie selbst) erzählen, die man als radikale Kritik an einer Dogmatik des institutionellen Helfens und Bevormundens deuten kann. Der «Grossinquisitor», welcher den im mittelalterlichen Spanien wieder erschienenen *Christus* nach einem Auftritt als Prediger und Wundertäter gefangen nehmen liess, möchte ihn als Ketzer auf dem Scheiterhaufen verbrennen lassen. In einem langen Monolog begründet er gegenüber seinem Gefangenen die Anklage u.a. mit folgenden Argumenten: Die grosse Mehrheit der real existierenden Menschen sei durch die Anforderungen einer auf der Freiheit des Glaubens beruhenden Gemeinschaft der Liebe hoffnungslos überfordert. *«Der Mensch kennt keine quälendere Sorge als die, einen zu finden, dem er möglichst schnell jenes Geschenk der Freiheit, mit dem er als unglückliches Geschöpf geboren wird, übergeben kann.»* Der Grossinquisitor wirft dem wieder erschienenen *Christus* vor, seinerzeit bei den Versuchungen des Satans falsch reagiert zu haben. Nur wer sich der Macht dieser Erde unterwerfe, könne über sie herrschen, aufgrund von (vorgetäuschten) Wundern, Geheimnissen und Autorität, und diese Herrschaft sei letztlich gerade zugunsten der Schwachen, nicht zur Mündigkeit und Freiheit Befähigten, überlebenswichtig. Darauf lasse sich der im wahrsten Sinn des Wortes not-wendige Zwangsapparat zur Bestrafung der Bösen, Dissidenten und zur Belohnung der Guten, Linientreuen, aufbauen. Freiheit, Nächstenliebe, Gottesliebe und Gewaltverzicht seien völlig untaugliche Fundamente des gedeihlichen Zusammenlebens. Wer sie predige, unterminiere das historische Kultur-, Gerechtigkeits- und Friedenswerk, das die Kirche in Kooperation mit dem Staat im Lauf der Jahrhunderte aufgebaut habe. *Christus* schweigt, seine einzige Antwort ist, dass er den Grossinquisitor nach seinem Monolog *«auf seine blutleeren Lippen küsst»* und darauf ungehindert im Dunkel der Nacht entweicht.

> *Allein aufgrund von Appellen an Liebe und Freiwilligkeit funktioniert das Zusammenleben in grösseren Gruppen nicht.*

Diese Geschichte ist ein *Skandalon* im ursprünglichen Sinn. Sie zwingt uns, Argumente und Gegenargumente zu finden und offeriert keine Rezepte. *Dostojewskij* hat seine Auseinandersetzung um das Menschenbild raffiniert in einen Rahmen gesetzt, in dem ausgerechnet der Zyniker Iwan dem Gläubigen Aljoscha die Geschichte vom wieder erschienenen Christus erzählt. Damit ist die möglicherweise unbeantwortbare Frage nach dem Grad der institutionell gewährleisteten Ordnungs-, Schutz- und Zwangsbedürftigkeit des Menschen, die – auch im Zusammenhang mit Markt und Menschenwürde – mit guten Gründen immer wieder gestellt wird, offen gelassen.

Der Mensch, dem Mitmenschen ein «Wolf»?

Wenn *«homo homini lupus»* ist, wie lange vor *Dostojewskij* schon der römische Komödiendichter *Plautus* bemerkt und *Hobbes* in «De Cive» und «Leviathan» zitiert, so braucht es so etwas wie einen «Grossinquisitor», auch wenn man natürlich als Liberaler einen möglichst moderaten, toleranten und in seiner Machtfülle eingeschränkten vorzieht, eine Instanz, die Menschen nicht verbrennen kann, sondern «nur» disziplinieren, bestrafen und besteuern. Auch wenn man es nicht gern eingesteht, der Grossinquisitor ist,

> *Eine Ethisierung und Kultivierung der Wirtschaft wird durch zusätzliche Zwangsregulierungen und Interventionen behindert und vereitelt.*

wie *Plautus* und *Hobbes*, ein Realist. Allein aufgrund von Appellen an Liebe und Freiwilligkeit funktioniert das Zusammenleben in grösseren Gruppen nicht. Die Herausforderung für Macht- und Zwangsbefürworter *und* -skeptiker besteht darin, dass man das Verhältnis von «Zwang» und «Freiwilligkeit» (bzw. «Liebe», «Sympathie» oder «intelligentem Eigeninteresse») nicht einfach beliebig kombinieren und optimieren kann. Organisierter Zwang zerstört oft die Bereitschaft zur Freiwilligkeit, und ich meine, wir seien heute sehr stark in diesen Teufelskreis verstrickt. Ob es einen «Weg zurück» gibt und ob die Lockerung der Zwangs- und Steuerschraube automatisch freiwilliges ethisches Verhalten vermehrt, bleibt eine offene Frage. Ich bin nur überzeugt, dass die Hoffnung, dem Menschen den «Wolf» auszutreiben, indem man *noch* mehr und *noch* raffiniertere staatliche Vorschriften, Schranken und Umverteilungssysteme generiert, trügerisch und gefährlich ist. Eine Ethisierung und Kultivierung der Wirtschaft ist meines Erachtens nicht nur nicht erzwingbar, sie wird durch zusätzliche Zwangsregulierungen und Interventionen behindert und vereitelt, auch wenn diese noch so gut gemeint sind.

Wer überwacht die Überwacher?

In diesem Zusammenhang ist an ein anderes Zitat aus der römischen Antike zu erinnern: *«Sed quis*

custodiet ipsos custodes?» (Juvenal, Satiren VI, 346). Die Sorge um das Schicksal der Opfer des Strukturwandels u. a. auch bei kleinen und mittleren Betrieben, der Globalisierung und der fusionierenden und rationalisierenden Grossfirmen, welche *Alfred Wyser* in seiner Stellungnahme äussert, ist berechtigt. Für mich ist die Tatsache, dass einige grosse Firmen (nicht alle!) fusionieren, kein Hauptproblem, schon eher schmerzhafte Therapie als schleichende Krankheit. Die dadurch wegrationalisierten Arbeitsplätze wären – früher oder später – ohnehin gefährdet gewesen, wenn sie tatsächlich nicht mehr produktiv sind. Für die Produktivität gibt es keinen andern Massstab als die Wettbewerbsfähigkeit, und diese muss sich heute im globalen Rahmen erweisen. Gemessen wird Produktivität schliesslich an der Börse, und ich wüsste nicht, wer dafür sonst in der Lage sein sollte. Jedenfalls lieber nicht der Grossinquisitor oder sonst ein Kommissar oder Überwacher. Wohin es führt, wenn eine sozialistische Binnenwirtschaft (eigentlich müsste man präziser das Adjektiv «national-sozialistisch» verwenden) durch zwingende Vorschriften einfach wider die Gesetze von Angebot und Nachfrage Arbeitsplätze erhält, haben wir im ehemaligen Ostblock erleben müssen. Der Weg führt schliesslich in die Katastrophe der ganz grossen kollektiven Arbeitslosigkeit, zur Notwendigkeit einer Totalsanierung durch Transformation, ein Vorgang, den man gelegentlich als «Systemwechsel» deutet, der aber nichts anderes ist als «die Stunde der Wahrheit», die sich auf die Dauer weder durch Ideologie noch durch politische Rhetorik noch durch Zwang hinausschieben lässt. Was da an kollektivem und individuellem Leid sichtbar und spürbar wurde und wird, lastet man dann dem «neuen System», dem «Neoliberalismus», an, dabei handelt es sich um nichts anderes als um Altlasten eines nicht funktionsfähigen und nicht nachhaltig praktizierbaren Fehlsystems. Wenn es in der Schweiz im Rahmen eines Strukturwandels – glücklicherweise nicht überall gleichzeitig – zu Fusionen und Betriebsschliessungen kommt, die zu Entlassungen führen, so ist dies für die Betroffenen vor allem darum schlimm, weil unser Arbeitsmarkt wegen der gewerkschaftlichen Kartellisierung zu wenig flexibel ist, um dem Arbeitswilligen nahtlos andere Möglichkeiten zu eröffnen. Dies ist aber nicht die «Schuld» der Wirtschaft, sondern eine Folge verfehlter Politik.

Die Wirtschaft hat keine genuine Macht

Der vielgeschmähte Markt hat Fusionen übrigens in mehr als der Hälfte der Fälle nicht durch steigende Aktienbewertung honoriert, es wird also durchaus auch durch Marktkräfte und Gegenkräfte verhindert, dass es zuletzt nur noch einige wenige *Global-players* gibt. Wenn das politische System nicht so mächtig (vor allem nicht so nachfragemächtig) und nicht so finanzkräftig wäre, könnten auch Lobbyisten aller Art nicht so viel für sich herausholen. Die Wirtschaft versucht immer wieder, Macht, d.h. einen Anteil am Zwangsmonopol des Staates, via Politik «abzuzweigen», selbst hat sie nämlich keine (eine Äusserung, mit der ich in öffentlichen Diskussionen regelmässig Entrüstungsstürme auslöse!). Regulierungen, Interventionen und Subventionierungen aller Art begünstigen diesen Abzweigungsprozess. Da liegt das Problem.

Darum ist es auch gefährlich, von einer Weltregierung zu träumen, welche auf globaler Ebene sogenannte «Wirtschaftsmacht» kontrollieren soll. Eine Weltregierung würde höchstens Weltlobbies erzeugen, neue unkontrollierbare Kooperations- und Koalitionsformen, bei welchen eine an sich machtlose Wirtschaft politische Macht anzapfen kann. Ähnliches gilt von einem Weltkartellamt oder von einer Welt-Börsenaufsicht. Wer zentralisiert, zentralisiert immer auch die Anfälligkeit für Irrtümer und für mehr oder weniger subtile Formen der Korruption. Das Grosssystem wird verletzlicher und verliert an Lernfähigkeit und Robustheit. In bezug auf kontinentale und globale politische Gebilde bedeutet dies: Je grösser die Firmen, desto grösser die Chancen einer politischen Einflussnahme, d.h. die Firmengrössen werden dann durch die politischen Rahmenbedingungen nach oben geschraubt (weil sie sich auf den politischen «Märkten» der Macht durchsetzen wollen), und nicht durch die ökonomische Rationalität als solcher, welche möglicherweise kleinere, flexiblere, lernfähigere Firmengrössen zur Folge hätte. Meine Fusionsskepsis, meine Bedenken gegenüber mehr Grösse und mehr organisierter Zentralität betreffen daher eher die Politik als die Wirtschaft.

Vom Risiko der Weltstaat-Utopie

Die wirklichen Gefahren lauern dort, wo das Zwangsmonopol und die Steuer- und Rentenhoheit konzentriert wird. Dies ist für mich mit ein Grund für eine Skepsis gegenüber dem politischen Trend zur

> *Die Wirtschaft versucht immer wieder, Macht d.h. einen Anteil am Zwangsmonopol des Staates via Politik «abzuzweigen», selbst hat sie nämlich keine.*

Zentralität und zum Zusammenschluss, der oft als «Therapie» gegen ökonomische Zusammenschlüsse gehandelt wird, obwohl er – mindestens zum Teil –

deren Ursache ist. Eine solche globalisierte politische «Ordnung» müsste sich nämlich nicht einmal mehr im globalen Wettbewerb der politischen Systeme bewähren. Wenn es einmal so weit ist, bleibt die Allianz der politisch und wirtschaftlich Mächtigen unter sich und teilt die Macht auf, und es gibt keinen Ort, keine Nischen mehr, wo beispielsweise Alternativen erprobt werden könnten. Die Hoffnung, eine globalisierte Form von Welt-Massendemokratie könnte da irgendein Gegengewicht setzen, ist meines Erachtens naiv und gefährlich.

In Zukunft braucht es möglicherweise mehr weltbürgerliche Gesinnung, mehr Bereitschaft zum Pluralismus, aber keinen Weltstaat und keine Weltregierung.

Wer ein politisches Gegengewicht zur globalisierenden Wirtschaft fordert, muss sich der Frage stellen, ob einer wachsenden Weltwirtschaft nicht ein wachsendes politisches Weltsystem, so etwas wie ein Weltstaat gegenübergestellt werden müsste. Wer konkurrierende non-zentrale Strukturen vorzieht, entwickelt gegenüber solchen Szenarien eine instinktive Abneigung, die natürlich im einzelnen empirisch und mit historischen Beispielen zu begründen wäre. Eine globalisierte Wirtschaft ist möglicherweise auf eine weltbürgerliche Gesinnung angewiesen, einen Weltstaat braucht es dazu nicht. Der Handel hat schon immer auch zwischen sehr unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Systemen funktioniert, wenn diese nur offen waren und keinen totalitären Geltungsanspruch und keine Weltherrschaft durchsetzen wollten. In Zukunft braucht es wahrscheinlich mehr weltbürgerliche Gesinnung, mehr Bereitschaft zum Pluralismus, aber keinen Weltstaat und keine Weltregierung.

Absehbar ist, dass eine pluralistische Weltordnung, die sich auf möglichst vielfältige, friedlich konkurrierende politische Systeme abstützt, robuster, weniger irrtumsanfällig und lernfähiger ist, obwohl das Risiko von vielen suboptimalen Lösungen und von unlösbaren Konflikten zwischen den kleineren Einheiten nicht negiert werden soll. Immerhin hat die Wirtschaft in einer solchen non-zentralen Weltordnung aus sich selbst heraus keine Macht. Denn wer kann ein Individuum, einen potentiell Konsumierenden eigentlich zwingen, ein bestimmtes Produkt, eine bestimmte Dienstleistung, tatsächlich zu konsumieren? Wenn jemand Coca-Cola nicht mag, hat das globale Unternehmen Coca-Cola keine Macht über ihn, wenn jemand kein Auto kaufen will, so ist die ganze Autolobby machtlos, und wer keine Versicherung abschliessen will, kann auch dem aufdringlichsten Agenten einfach «Nein» sagen, eine Zeitung kann abbestellt werden, und den Fernsehapparat kann man jederzeit um- oder ausschalten oder auch darauf verzichten. Aber der Staat zwingt seine Bürgerinnen und Bürger, über Steuern und Rentensysteme und Monopole grosse Bestandteile ihrer Einkünfte nach seinem Kollektivwillen zu verwenden. Dass man darüber in einer Demokratie mitbestimmen kann und – allzu häufig – auch überstimmt wird, ist ein schwacher Trost, immerhin besser als nichts. Der Trost, schlimmstenfalls auch auswandern zu können, bedeutet da schon mehr. Aber wohin auswandern, wenn wir einen Weltstaat hätten?

Helfen – Vorstufe des Herrschens

Das Schlimme ist, dass wir durch eine Unzahl von gut gemeinten Regulierungen und Schutzbestimmungen zugunsten von «Kleinen» verhindern, dass andere Kleine, Kreative, Risikofreudige neu anfangen, neue Ideen realisieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Der Helfende ist eben sehr häufig die Vorstufe des Herrschenden, wie schon *Nietzsche* bemerkt hat, und dies gilt vor allem beim Staat und seiner organisierten, zwangsweise verordneten Hilfe und Förderung. Liegt es da so fern, zu vermuten, dass der

Der Staat zwingt seine Bürgerinnen und Bürger, über Steuern und Rentensysteme und Monopole grosse Bestandteile ihrer Einkünfte nach seinem Kollektivwillen zu verwenden.

Staat, der sich gerne als Anwalt der Schwachen aufspielt, letztlich immer auch eine «Agentur der Mächtigen» verkörpert. Jene, welche von diesem System und durch dieses System leben, leben meist recht gut und recht sicher. Die Hoffnung, dass nun in grösseren politischen Zusammenschlüssen oder gar in einem Weltstaat die Regierung plötzlich zum Inbegriff des Wohlwollens mutiert, dass ein globaler «Grossinquisitor» zum Hort der Menschenrechte und zur Schutzmacht der Schwachen und Kleinen funktionieren würde, ist m.E. noch naiver als der Glaube an die immer wieder neue und schwierige Kombination von Freiheit und persönlichem Glauben, von Freiwilligkeit, Offenheit und Vielfalt, von Wettbewerb und Privatautonomie, in einer Dialektik zwischen vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen, kleineren, mittleren und grösseren. ✦